

Volks-Zeitung

Freitag das achtschneitige farbige illustrierte Witzblatt ULK

Mit 'Jede Woche Musik' Moden-Zeitung Sport-Zeitung Film-Zeitung Haus- u. Garten-Ztg Techn.-Zeitung BERLIN HEITER WENIG WIND Witzblatt ULK

Er erscheint täglich... (Publication details)

Strasse 67-68, Moritzstr. 12, Mühlenterrasse 130, Potsdamer Strasse 23, Rathenowstr. 10, ... (Subscription details)

Das gefährdete Schulgesetz

Zwei Klippen: Kostenfrage und Simultanschule in Baden und Hessen - Bisher ergebnislose Kompromißbemühungen - Pessimistische Beurteilung der Lage bei Zentrum und Deutscher Volkspartei

Dem Schulgesetz des Reichsinnenministers Kuntze drohen, nachdem die Volksparteilisten umfalle die Beratungen bisher vor dem Reichstag bewahrt haben, noch zwei Klippen, an denen das Gesetz scheitern könnte: die Kostenfrage und die Möglichkeit des Gesetzes in den Simultanschulländern, wovon der § 20 des Entwurfs handelt.

ausgaben hingewiesen hatte. Eine Deckung durch neue Steuern kommt nach Lage der Dinge auch nicht in Frage. Selbst wenn das Gesetz in letzter Minute aufgegeben werden sollte, wird einwöchigen keine Zurückführung praktisch unmöglich sein, weswegen man Zeit und Arbeit an jede Sache, die jedoch noch in mancher Hinsicht schädlich sind, nicht erst verwenden sollte.

Die Änderer können deshalb noch nicht eindeutig angegeben werden, weil noch nicht alle Änderer auf die Bundeslage geeinigt haben und die bisherigen Unterlagen unvollständig und unklar sind, um die letzten Auswirkungen des Gesetzes zu berechnen.

Nicht minder gefährlich droht dem Gesetz der § 20 des Entwurfs zu werden, der zugunsten der Simultanschulen in Baden und Hessen eine Sperre für von nur fünf Jahren vorsieht. Die Deutsche Volkspartei will sie auf die Dauer erhalten.

Über die Kostenfrage hat man sich gestern in einem kleinen Ausschuss dem außer dem Reichstagler Dr. Marx die Vorliegenden der Fraktionen der vier Regierungsparteien angehört, wieder einmal wieder den Kopf zerbrochen. Man sprach hinsichtlich der Kosten noch völlig im Dunkeln. Das Reichsinnenministerium des Innern hat zwar eine Übersicht angefertigt, monoch dem Reichstag die Durchführung des neuen Schulgesetzes ein einmaliger Aufwand von 20 Millionen Mark erfordern würde. Eine Schätzung über die fortlaufenden Ausgaben des Reiches ist jedoch nicht zu erwarten.

Wit dieser Frage beschäftigt sich gestern der interfraktionelle Ausschuss der Regierungsparteien, doch vermag er sich selbst, da über die gegenwärtigen Anschaffungen des Zentrums und der Deutschen Volkspartei keine Einigung erzielt werden konnte.

Deutsche Volkspartei und Zentrum werden heute gesondert Anhänge im Bildungsausschuss zur Frage der Simultanschule einbringen. Eine Einigung, wenn eine solche überhaupt möglich sein sollte, ist auch in der zweiten Lesung im Bildungsausschuss nicht zu erwarten. In den interfraktionellen Besprechungen erfahren wir noch, daß sowohl vom Zentrum als auch von der Volkspartei die Lage für außerordentlich pessimistisch gehalten wird.

Die Aussperrung in Mitteldeutschland

Der Deutsche Metallarbeiterverband nimmt den Kampf auf Magdeburg, 23. Januar. Nachdem die mitteldeutsche Bezirkskonferenz des Gewerkschaftsverbandes deutscher Metallarbeiter (GDM) in Weimar den Schlichtungsausschuss, der hat der geltenden 15 Pfennig eine Zwangsbesetzung von 3 Pfennigen vorschlug, für untragbar erklärt und ihre Berufung zum Streit ausgeschlossen hat, gehen jetzt die mitteldeutschen Metallarbeiter ihren Arbeitern durch Anschlag bekannt, daß sie sich mit Schluß der Monatsgespräche, einschließlich der Nachsicht, als entlassen zu betrachten haben. Die Führung des für die mitteldeutsche Metallarbeiterzeitung ungewöhnlich großen Streikkomplexes liegt in den Händen des Deutschen Metallarbeiterverbandes. Dieser ist eine äußere finanzielle Hilfe als in der Gewerkschaft ausgeprochenen Ansicht, daß er als freie Gewerkschaft unabhängig von Reich, Staat und Gemeinden den Kampf allein finanziell zu führen in der Lage ist. Namentlich schließt der Verband die kommunalistische Bewegung von sich ab, deren Gefährdung für die Streikenden als schädlich bezeichnet wird.

Es gibt noch mehr Niedrers

Der zweite Straftatbestand des Reichsgerichts bestätigte heute ein Urteil des Landgerichts Königsberg, durch das der Generalleutnant A. D. von Borsdorf die Schilddrüse entfernt worden ist. Der Angeklagte hatte gelegentlich einer Veramung des Tannenbergs eine Rede gehalten und mit Rücksicht auf die Vergangenheit erklärt, daß Offiziere und Beamte von den Grundrindern einer jämmerlichen Republik übernommen werden seien, die damit ihr Leben friste. Gegen das freisprechende Urteil hatte die Staatsanwaltschaft beim Reichsgericht Revision eingelegt. Vor dem Reichsgericht tecontagte der Vertreter des Oberreichsanwalts Aufhebung des Urteils, weil in dem Urteilstand 'jämmerlich' eine Verächtlichmachung der Staatsform zu erblicken sei. Der zweite Straftatbestand des Reichsgerichts schloß sich diesen Darlegungen jedoch nicht an, sondern verwarf die Revision der Staatsanwaltschaft. Der Straftat ist der Ansicht, daß das Wort 'jämmerlich' weder eine Verächtlichmachung noch eine Verächtlichmachung der Staatsform enthält.

Waldemar auf dem Wege nach Berlin

Der litauische Ministerpräsident Waldemar trifft morgen zu nächstigen Reise nach Berlin ein. Gegenüber der hier in Aussicht genommenen Besprechungen wird in erster Linie eine grundsätzliche Verständigung über den Abschluß eines neuen Handelsvertrages und verschiedener damit im Zusammenhang stehender Fragen zwischen Deutschland und Litauen sein. Außerdem sollen weitere deutsch-litauische Verträge verhandelt werden, deren baldiger Abschluß durch den Übergang der Staatshoheit über das Memelgebiet auf Litauen nötig geworden ist. Endlich wird, wie bereits bekannt, auch die Frage des Abschlusses eines Schieds- und Vergleichsvertrages Gegenstand der bevorstehenden Besprechungen sein.

Dulkanausbruch in Westfalen

Infolge unablässiger, lebhafter Tätigkeit des in der Embra-Strasse gemauerten Zirkonitwerks Grataur hat sich der Bevölkerung Westfalens große Unruhe bemächtigt. Während der Morgenstunden von 8 bis 12 Uhr hat man nicht weniger als 300 Ausbrüche festgestellt. Schaffung einer Rettungszentrale in Brünen. Aus den Verhältnissen des Hauptausbruches des preussischen Landtages verdient eine Anregung des Abg. Faber (Zentr.) hervorgehoben zu werden, nach der aus Anlaß der Berliner Explosionskatastrophe in der letzten Zeit eine Zentrale für Rettungszwecke zu schaffen ist, die sich über ganz Preußen erstrecken soll.

Schnelldienst

Der neue Sowjetbotschafter in Berlin, D. W. G. ... hat dem französischen Präsidenten Doumergue sein ... (News snippets)

Licht und Schatten im Wirtschaftsbild

Die Außenhandelsbilanz als Konjunkturpiegel - Aufschwung der deutschen Maschinenindustrie - Subventionen für die Landwirtschaft? Dr. Adolf Roeder. Wenn man heute auf die Gestaltung des deutschen Außenhandels im Jahre 1927, dessen Ausweise nunmehr für alle Monate vorliegen, zurückblickt, so erkennt man deutlich die Umkehrungen der Konjunkturverläufe. Sie zeigen sich hauptsächlich in der starken Zunahme der Einfuhr von Rohstoffen, die in ihrem Zahlenbild stark an das des Jahres 1925 erinnert. Gegenüber dem Gesamtumfang unserer Außenhandels gegenüber 1925 erhöht hat, weit auch die Rohstoffzufuhr noch bedeutendere Zahlen auf. Sie betrug nämlich im Jahre 1927: 7,1, 1926: 4,3 und 1925: 6,2 Milliarden Mark. Die Zufuhr von Rohstoffen noch dagegen im Jahre 1926 mit 2,2 Milliarden Mark am höchsten, während sie 1925 1,6 Milliarden Mark und 1927 2,2 Milliarden Mark betrug. Die starke Einfuhr von Rohstoffen erklärt sich aus dem großen Bedarf der verschiedenen Industrien, die im Laufe des Jahres ihre Produktion und ihren Absatz erheblich vermehren konnten. Sie ist daher als eine erfreuliche Erscheinung zu bewerten, während man dies von der außerordentlich beträchtlichen Lebensmitteleinfuhr, die neben den Rohstoffimporten in erster Linie eine Rolle spielt, nicht sagen kann. Die Einfuhr von Lebensmitteln, die 1925 und 4 Milliarden Mark betragen hatte, erreichte 1926 nur eine Höhe von 3,6 Milliarden Mark, um aber dann auf 4,4 Milliarden Mark im Jahre 1927 emporzuschwellen. In den gleichen Jahren ermäßigte sich hingegen die Zufuhr von Lebensmitteln von 517 auf 476 und schließlich auf 419 Millionen Mark. Etwas anders verlief der Rohstoffexport, und zwar nahm er von 1,6 im Jahre 1925 auf 2,3 Milliarden Mark im Jahre 1926 zu, um dann im Jahre 1927 wieder auf 2,2 Milliarden Mark nachzugeben. Sowohl bei der Einfuhr und Ausfuhr von Lebensmitteln, wie auch bei der von Rohstoffen ergibt sich demnach eine starke Parallele. Ein Ausgleich wurde bis zu einem gewissen Grade durch den Außenhandel in Fertigwaren geschaffen. Es ist gelungen, die Zufuhr von Fertigwaren auch im vergangenen Jahre wieder zu steigern, und zwar auf die bemerkenswerte Höhe von 7,5 Milliarden Mark gegen 7 Milliarden Mark im Jahre 1926, und 6,6 Milliarden Mark im Jahre 1925. Allerdings wird dieses erfreuliche Bild dadurch getrübt, daß auch die Einfuhr von Fertigwaren auf einem bedeutenden Niveau angelangt ist, nämlich bei 2,5 Milliarden Mark, nachdem sie von 2 Milliarden Mark im Jahre 1925 auf 1,4 Milliarden Mark im Jahre 1926 zurückgegangen war. Der Außenhandel hat für das Jahr 1927 mit einem Passivsaldo, also einem Ueberschuß der Einfuhr über die Ausfuhr von 3,9 Milliarden Mark abgeschlossen, während das Jahr 1926, das infolge der freihaltenden Verhältnisse im ersten Halbjahr eine starke Berringerung der Einfuhr aufzuweisen hatte, als Endergebnis nur einen Passivsaldo von 213 Millionen Mark gegen 3,6 Milliarden Mark im Jahre 1925 hatte. Dieser kurze Lebensbild über die Gestaltung des deutschen Außenhandels läßt bereits mit aller Deutlichkeit die Notwendigkeit weiterer ausländischer Kapitalzufuhr erkennen. Ohne die Aufnahme von Auslandsanleihen wäre es nicht möglich gewesen, die Rohstoffzufuhr der Industrie zu finanzieren. Man muß sich vergegenwärtigen, daß nur ein verhältnismäßig geringer Teil der im Auslande aufgenommenen Anleihen tatsächlich nach Deutschland übergeführt worden ist. Wesentliche Beträge blieben vielmehr im Auslande, um dort zur Bezahlung der gelieferten Rohstoffe usw. verwendet zu werden. Der Wille, uns weitere Kredite zu verschaffen, ist im Auslande nachdrücklicher wieder, wie die aus Finanzkreisen vorliegenden Meldungen zeigen, vorhanden.